

**2020/918/100**

**öffentlich**

Antrag

100 - Ratsangelegenheiten, Wahlen

Bericht erstattet: Fraktion Die Linke



**Antrag der Fraktion Die Linke: „Schutz von Natur und Trinkwasserversorgung in unserer Region haben Vorrang vor der Grundwasservermarktung durch ein einzelnes Unternehmen“**

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtrat (Entscheidung)	16.12.2020	Ö

**Anlage/n**

- 1 Antrag der Fraktion Die Linke (öffentlich)

## **Fraktion im Stadtrat Homburg**

Barbara Spaniol  
- Vorsitzende -  
Brandenburger Str. 13  
66424 Homburg

Tel.: 0163-3076886  
[b.spaniol@landtag-saar.de](mailto:b.spaniol@landtag-saar.de)  
barbara.spaniol  
@gmx.de

Homburg, 20.11.2020

Herrn Bürgermeister  
Michael Forster  
Stadt Homburg  
Am Forum

66424 Homburg

### **Einbringung eines Antrages für die nächste Stadtratssitzung am 17.12.2020**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Michael Forster,

gem. § 41 Abs. 1 KSVG und gem. § 18 GO beantrage ich im Namen der Fraktion DIE LINKE die Aufnahme von folgendem Tagesordnungspunkt für die nächste Stadtratssitzung am 17.12.2020:

#### **Antrag betreffend „Schutz von Natur und Trinkwasserversorgung in unserer Region haben Vorrang vor der Grundwasservermarktung durch ein einzelnes Unternehmen“**

##### **Begründung:**

Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz LUA sind gefordert, die Stadt Homburg umgehend an Diskussion und Verfahren auch im Vorfeld einer eventuellen Antragsgenehmigung für eine weitere Brunnenbohrung im Kirkeler Taubental zur Förderung von zusätzlichen 150 000 Kubikmetern Wasser im Rahmen nachbarlicher Belange zu beteiligen.

Das Unternehmen MEG Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke GmbH, Niederlassung Kirkel, beabsichtigt, im Zuge des Baus eines neuen fünften Brunnens zusätzlich Wasser zur Gewinnung von Mineralwasser der Marke „Saskia“ der LIDL Stiftung & Co. KG aus Grundwasserschichten in Kirkel zu entnehmen. Es sind unmittelbare Auswirkungen auf die Nachbarkommunen der Biosphäre Bliesgau – so auch auf die Stadt Homburg – zu befürchten, da viele Brunnen, die für die Trinkwasserversorgung in der gesamten Region sorgen, betroffen sein könnten. Das Gebiet sichert bekanntlich die Trinkwasserversorgung großer Teile unserer Region bis nach Saarbrücken, Neunkirchen und St. Wendel.

Aus diesen Gründen ist das geplante Vorhaben der MEG hoch umstritten und aus mehrfacher Sicht abzulehnen. Wasser ist Allgemeingut und gehört zur Grundversorgung der Bevölkerung. Es ist aus Sicht von Umwelt- und Naturschutz nicht hinnehmbar und ökologisch Unsinn, dass ein Konzern in Kirkel, mitten in der Kernzone der Biosphäre Bliesgau, noch mehr Wasser zur Sicherung seines Standorts abpumpen, durch die ganze Republik transportieren und über einen Riesendiscouter vertreiben will.

Die Sorge in den umliegenden Kommunen – und auch in Homburg – ist berechtigt, dass angesichts der sich wiederholenden und immer länger werdenden Dürreperioden auch im Saarland die Trinkwasserversorgung der Menschen in der Region vorrangig zu sichern ist und es vor diesem Hintergrund unverantwortlich erscheint, wenn nun noch mehr Grundwasser entnommen wird. In Lüneburg hat sich im Sommer Widerstand gegen ein Tochterunternehmen von Coca-Cola formiert, das dort seine Mineralwasserproduktion durch den Bau eines dritten Brunnens verdoppeln will. In Frankreich sind bekanntermaßen Grundwasserspiegel durch die Mineralwasserförderung von Großkonzernen in der Vergangenheit drastisch gesunken.

Das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz LUA hat im Rahmen des eingeforderten Berichts der Landesregierung im Umweltausschuss des Landtages bestätigt, dass durch die Versuchsbohrung seitens der MEG alles vorbereitet sei, den entsprechenden Antrag auf Genehmigung stellen zu können. Zum Verfahren rund um diese mögliche Antragstellung hat das LUA die Eckpunkte für eine Genehmigung im Hinblick auf die Tiefe der Bohrung, das Tangieren der Natur sowie anderer Wasserversorger, das Monitoring etc. aufgezeigt. Die Meinung des LUA, dass „das, was bewirtschaftbar ist, entnommen und genehmigt werden kann“, wurde von kaum jemandem im Ausschuss befürwortet.

Vor diesem Hintergrund ist es auch zu unterstützen, dass die Gemeinde Kirkel offenbar ein neues Gutachten, auch mit den kommunalen Wasserversorgern, - unabhängig vom LUA - mit dem Ziel einer größtmöglichen Transparenz auf den Weg bringen will, um eventuelle Auswirkungen der geplanten Trinkwasserförderung auf das Grundwasser schon vor einer genehmigten Brunnenbohrung erhalten zu können.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Region erwarten zu Recht, dass ihr Trinkwasser und die Natur umfassend geschützt werden und nicht den Gewinnbestrebungen eines Konzerns zum Opfer fallen. Deshalb muss das Land besonders große Transparenz im gesamten Prozess rund um eine Genehmigung des Baus eines zusätzlichen Brunnens im Kirkeler Taubental gewährleisten und Homburg als betroffene Stadt in diesen Prozess mit einbeziehen.

Ich bitte um Berücksichtigung im Rahmen der Tagesordnung.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Spaniol